

Doris Koepke, Vorsitzende des Schulelternrates der IGS Badenstedt  
Frerkingweg 5

30455 Hannover

Herrn  
Kultusminister Althusmann  
Schiffgraben 12

30159 Hannover

Hannover, 09.03.2011

Betreff: Ihre Sparpläne für neu gegründete Integrierte Gesamtschulen

Sehr geehrter Herr Minister Althusmann,

mit großer Verwunderung haben wir Ihre Stellungnahme vom 22.02.2011 im Artikel:  
**„Althusmann bei Schulfrieden reserviert“**, in der Hannoverschen Allgemeinen  
Zeitung zur Kenntnis genommen.

Sie suggerieren, dass wenn die Opposition ihre Bereitschaft in Richtung Oberschule  
gezeigt hätte, man über einen großen Schritt der Regierung in Richtung Absenkung  
der Mindestvoraussetzungen für neue IGSen hätte nachdenken können.

Aus uns vorliegenden Informationen geht hervor, dass Ihre Pläne für die neuen  
IGSen doch in eine ganz andere Richtung gehen. Sie haben in der Vergangenheit  
wiederholt zugesagt, dass die für den Ganztagsbereich benötigten Mittel  
bereitgestellt würden. Die Realität spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Ihre  
drastischen Sparmaßnahmen im Bereich des Ganztagsschulangebotes und der  
Fördermaßnahmen sind für das Konzept einer Integrierten Gesamtschule  
inakzeptabel.

Sie haben in der Regierungserklärung vom 09.11.2010 argumentiert, dass das  
Ganztagsangebot der IGS erster Generation, lediglich ein Lockmittel für diese  
Schulform gewesen sei (S 9, Abs. 2). In selbiger Erklärung weisen Sie im  
Zusammenhang mit der neuen Oberschule, den Einstieg in die teilweise gebundene  
Ganztagschule als „gut investiertes Kapital zum Wohle der Zukunft unseres  
Landes“ aus (S. 11, Abs. 3). Wir gehen davon aus, dass es eine Gleichstellung von  
Schülerinnen und Schülern aller Schulformen (in diesem Fall Integrierte  
Gesamtschulen vs. Oberschulen) geben müsste! Oder können Sie die hier von Ihnen  
aufgezeigten Unterschiede zu begründen? Es geht in allen Schulformen um  
Investitionen in die Zukunft!

Wissen Sie eigentlich, wie viele Kinder der IGSen ohne Ganztagsangebote den ganzen Nachmittag auf der Straße, vor dem Computer, vor dem Fernseher oder ohne sinnvolle Freizeitangebote verbringen würden? Dazu dann häufig auch ohne eine warme Mittagsmahlzeit? Hier leisten die IGSen eine wichtige Grundlage für die von Ihnen, in Ihrer Regierungserklärung erwähnte Zukunft unseres Landes bzw. unserer Kinder.

Gerade für Schulen, die viele Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund beschulen, ist der Ganztagsbereich von besonderer Bedeutung. Hier haben die Kinder die Möglichkeit, Angebote und Unterstützung kennen zu lernen und zu erfahren, die ihnen ohne das Ganztagsangebot verwehrt bleiben würden. Denn gerade im Bereich des Ganztags findet soziales Miteinander und Integration statt.

Auf S. 9, Abs. 3 Ihrer Erklärung halten Sie es für nötig, über die fehlenden Schülerinnen und Schüler mit Gymnasialempfehlung an den neuen IGSen zu reden. Das sehen wir auch so. Wenn Sie die entsprechenden Oberstufen mit genehmigt hätten, könnten diese Schulen mit Sicherheit auch entsprechende Zahlen aufweisen.

In all diesen Zusammenhängen fordern Sie, dass die Gesamtschulen den Konkurrenzkampf mit der von Ihnen auf Biegen und Brechen geforderten Oberschule annehmen sollen. Wir fragen Sie: Warum nimmt die Oberschule nicht den fairen Kampf mit gleichberechtigt ausgestatteten Gesamtschulen auf?

Wir fragen uns, wie wenig Vertrauen Sie in Ihre eigenen Pläne für die Oberschule haben, wenn Sie auf dem Weg dahin rücksichtslos den Integrierten Gesamtschulen die Grundlagen entziehen. So wie es sich jetzt darstellt, sind Ihnen die Kinder, die die IGSen besuchen oder besuchen wollen, dabei vollkommen egal.

Wir fordern Sie auf, diese Ungerechtigkeiten, ausgetragen auf dem Rücken von Schülerinnen und Schülern der IGSen sofort einzustellen und die erforderlichen Mittel für eine soziale, pädagogische und sinnvolle Nachmittagsbetreuung und für die dringend erforderlichen Fördermaßnahmen bereit zu stellen. Weiterhin fordern wir Sie auf, die Gründungsvoraussetzungen für alle Schulen anzugleichen, damit es alleine dem Elternwillen obliegt, welche Schule angewählt wird.

Sie als Kultusminister sollten Ihre Verantwortung gegenüber allen Schülerinnen und Schülern nicht aus den Augen verlieren. Sich so einseitig zu positionieren, entbehrt jeglicher verantwortungsvollen Bildungspolitik. Sie werten mit Ihrer Regierungserklärung die Schülerinnen und Schüler der neuen IGSen ins Bodenlose ab. Haben Sie, gerade als Kultusminister, dazu das Recht?

Wir denken NEIN.

Für die Elternvertreter, Schülerinnen, Schüler und Eltern der IGS Badenstedt

---

Doris Koepke